

Interpellation Fraktion FDP/JF (Oliver Berger/Bernhard Eicher/Ruth Altmann, FDP): Streit um Polizeieinsätze – Deeskalation und Lösungsansätze?

Die Stadt Bern hat Anfangs September wiederum ein Wochenende mit Gewalt und Konfrontationen erlebt. In der Nacht vom 1. auf den 2. September 2015 kam es auf der Schützenmatte zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Chaoten und der Polizei. Krawallmacher warfen Feuerwerkskörper, Steine und Eisenstangen; die Polizei reagierte mit Reizgas und Gummischrot. Es gab auf beiden Seiten mehrere Verletzte.

Beide Seiten lehnen die Verantwortung ab und weisen die Schuld der Eskalation dem Gegenüber zu. Der Stadtpräsident Alec von Graffenried hat in der Folge in den Medien seine Enttäuschung ausgedrückt und bekanntgegeben, dass er keinen «rechtsfreien Raum» dulden werde.

Der Gemeinderat wird deshalb höflich um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche Massnahmen erwägt der Gemeinderat zu ergreifen, um die Situation rund um Reitschule nachhaltig zu deeskalieren?
2. Welche Sofortmassnahmen erwägt der Gemeinderat zu ergreifen, um die öffentliche Sicherheit bei den geplanten Kundgebungen vom 15. September 2018 zu gewährleisten?
3. Der Gemeinderat will keinen rechtsfreien Raum rund um die Reithalle, welche Massnahmen werden diesbezüglich ergriffen?
4. Welche Erkenntnisse vom «Mediator» Thomas Kessler fliessen dabei in die Lösungsfindung mit ein?
5. Was tut der Gemeinderat, um der Gewalt entgegenzutreten?
6. Gemäss aktuellem Leistungsvertrag kann der Gemeinderat Sanktionen bei Nichteinhaltung ergreifen. Wann wäre aus Sicht des Gemeinderats eine Nichteinhaltung des Leistungsvertrags gegeben?
7. Welche Konsequenzen sieht der Gemeinderat für einen neuen Leistungsvertrag ab 2020ff. vor?

Begründung der Dringlichkeit

Die Rollen und Aufgaben der Betreiber der Reitschule werden einmal mehr intensiv diskutiert. Eine Klärung der Haltung des Gemeinderats – insbesondere auch im Hinblick auf bald stattfindende Kundgebungen – sollte deshalb zeitnah erfolgen.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 13. September 2018

Erstunterzeichnende: Oliver Berger, Bernhard Eicher, Ruth Altmann

Mitunterzeichnende: Dannie Jost, Claudine Esseiva, Vivianne Esseiva, Barbara Freiburghaus